

Bon-Pflicht beim Bäcker: Fragen und Antworten

Ab dem 1. Januar 2020 müssen kleine Einzelhändler wie Bäcker und Friseure Kassenbons an alle ihre Kunden ausgeben. Diese Bon-Pflicht wurde im Rahmen eines Gesetzes zur Erschwerung von Steuerhinterziehung eingeführt. Steuerhinterziehung zu bekämpfen ist richtig, aber für jeden Kaffee oder jedes einzelne Brötchen einen Beleg zu drucken, den die Kunden meistens gar nicht wollen, ist ökonomischer und ökologischer Unsinn. Viele Einzelhändler sind zurecht empört. Denn die Bon-Pflicht kostet nicht nur Geld, sondern produziert auch Müll. Die FDP-Fraktion will das ändern.

Um was geht es?

Ab dem 01.01.2020 sind elektronische Kassen durch eine zertifizierte technische Sicherheitseinrichtung zu schützen. Dabei muss jeder einzelne Verkauf vollständig und unveränderbar aufgezeichnet werden sowie auf einem Speichermedium gesichert und verfügbar gehalten werden. So soll die Manipulation von Kassendaten erschwert und Steuerhinterziehung vermindert werden. Das ist gut, denn Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt. Es ist richtig und nötig, etwas dagegen zu unternehmen. Zusätzlich haben Union und SPD aber auch noch eine sogenannte Belegausgabepflicht mit eingeführt. Das heißt, dass ab dem 01.01.2020 Belege an jeden Kunden ausgegeben werden müssen, ob er diese möchte oder nicht. Diese Bon-Pflicht erlaubt kaum Ausnahmen, die Kosten und der Müllberg, der dabei entsteht, gelten jedenfalls nicht als Befreiungsgründe.

Was ist das dabei das Problem?

Die mit eingeführte Belegausgabepflicht führt im Einzelhandel und insbesondere beim Verkauf von Kleinstwaren wie etwa Brötchen beim Bäcker zu einer immens steigenden Ausgabe von Belegen, die größtenteils nicht von den Kunden mitgenommen, sondern direkt im Geschäft entsorgt werden. Die Folge ist eine erhebliche Zunahme von Müll, der eigentlich komplett vermeidbar wäre. Gerade die Nutzung von sogenanntem Thermopapier, das chemische Bisphenol-Verbindungen enthält, ist für die Umwelt wie auch die Gesundheit bedenklich. Hinzu kommt, dass nach Berechnungen des Instituts EHI jährlich 8500 Fichten für die Bon-Pflicht gefällt werden müssen.

Was schlägt die FDP-Fraktion stattdessen vor?

Die FDP-Fraktion hat einen Vorschlag erarbeitet, der das gute Ziel der Betrugsbekämpfung unterstützt, aber den bürokratischen und umweltpolitischen

Unsinn einer Bon-Pflicht minimiert. Wir wollen, dass der Verkauf von Kleinwaren oder Dienstleistungen wie dem Friseurbesuch von der Belegausgabepflicht befreit werden. Einzige Voraussetzung dafür soll sein, dass eine zertifizierte technische Kasse sicherstellt, dass keine Manipulation der Kassendaten erfolgen kann. Kurz gesagt: Wer eine zertifizierte neue Kasse hat, soll von der Belegausgabepflicht geschützt werden. Das wäre ein wirksamer Beitrag gegen Steuerhinterziehung bei gleichzeitiger Schonung von Handwerk und Umwelt.